

II-1188P der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5810/J

1993-12-15

A N F R A G E

des Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Sondermüllverbrennung in Oberösterreich

Oberösterreich scheint klammheimlich zum Eldorado der Sondermüllverbrennung zu werden. So plant die Lenzing AG den Einstieg in die Müllverbrennung und die Firma Hatschek im Rahmen ihres Drehrohrofens in Pinsdorf eine massive Ausdehnung der zu verbrennenden Stoffe auch auf Abfälle und Kunststoff.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Seit wann liegen welche Ausweitungspläne für die Verbrennung im Hatschek-Werk Pinsdorf vor? Wann wurden welche Ansuchen gestellt? Gibt es bereits Genehmigungen? Wann soll der Probetrieb anlaufen?
2. Um welche Detailmengen handelt es sich jeweils bei der angesuchten Verbrennung von Schlammrückständen aus den Eternitwerken, Asche aus dem Wirbelschichtkessel der Papierfabrik Steyrermühl, der Flugasche aus den Ebenseer Solvaywerken?
3. Welche Mengen Kunststoff sollen verbrannt werden? Um welche Kunststoffarten soll es sich handeln?

4. Welche Mengen welcher Stoffe wurden jeweils in den Jahren 1991, 1992, 1993 von den Hatschek-Werken verbrannt? Um welche Detailmengen welcher Produktklassen handelte es sich dabei? Wie groß war jeweils der Anteil importierter Stoffe?
5. Welche Mengen Klärschlamm wurden von der Lenzing AG in den Jahren 1989 bis 1993 jeweils verbrannt? Welche Genehmigungen liegen dafür vor? Welche Emissionsdaten liegen dafür vor? Welche Eigenschaften des verbrannten Klärschlammes sind dem Ministerium bekannt?
6. Welche Planungen der Lenzing AG auf Müllverbrennung liegen dem Ministerium im Detail vor? Welchen Umfang soll die Müllverbrennung haben? Welche Technologie soll angewendet werden? Wann sollen die Pläne realisiert werden? Seit wann sind sie dem Ministerium bekannt?
7. Welche Formen der Bürgerbeteiligung sind bei den beiden Projekten geplant?
8. Wie beurteilt der Minister die entsprechenden Projekte? In welchem Sinn entsprechen sie den Planungen des Ministeriums? Wann gab es Vorsprachen seitens der Projektbetreiber? Mit welchem Inhalt und welchen Ergebnissen

/